



FRIEDENS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

Nein zum Krieg heißt

Nein zur NATO!



KOREA & CHINA (1950-53) GUATEMALA (1954) INDONESIEN (1958) KUBA (1959-1961) GUATEMALA (1960) KONGO (1964) LAOS (1964-1973) VIETNAM (1961-1973) KAMBODSCHA (1969-1970) GUATEMALA (1967-1969) GRANADA (1983) LIBANON (1983, 1984) LIBYEN (1986) SALVADOR (1980) NICARAGUA (1980) IRAN (1987) PANAMA (1989) IRAK (1991) KUWEIT (1991) SOMALIA (1993) BOSNIEN (1994, 1995) SUDAN (1998) AFGHANISTAN (1998) JUGOSLAWIEN (1999) JEMEN (2002) IRAK (1991-2003) IRAK (2003-2015) AFGHANISTAN (2001-2015) PAKISTAN (2007-2015) SOMALIA (2007-2008, 2011) JEMEN (2009, 2011) LIBYEN (2011, 2015) SYRIEN (2014-2015)

Kriege können in ihrem Verlauf ihren Charakter verändern. Beim letztjährigen Ostermarsch stand im Mittelpunkt der Diskussionen der Friedensbewegung die Einschätzung des Einmarsches der Truppen der Russischen Föderation in die Ukraine. Heute ist klar, dass der Westen den Krieg nicht beenden will.

Die ukrainische Armee kämpft mit westlichen Waffen stellvertretend für die Interessen der NATO. Laut eigenen Aussagen ist deren Ziel die dauerhafte Zerstörung der russischen Wirtschaft. Inzwischen ist auch klar, dass an diesem Ziel seit Langem gearbeitet wird: Dazu gehören die Osterweiterung von

NATO und EU. Dazu gehören der Putsch in der Ukraine 2014 und der anschließende Krieg der Putschisten gegen die Bevölkerung im Donbass. Dazu gehört das bewusste Hintertreiben der völkerrechtlich bindenden Minsker Abkommen, wie inzwischen von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel zugegeben. Nicht zuletzt gehört dazu die Ignoranz gegenüber den russischen Friedensbemühungen im Vorfeld des Krieges. Westliche Sanktionen, Waffenlieferungen und Aufrüstungspläne folgten sehr schnell auf den Einmarsch – letztere müssen schon in den Schubladen gelegen haben.

Friedensverhinderer

Im März vergangenen Jahres schien eine Lösung Ukraine-Kriegs möglich. Russland und die Ukraine hatten in Istanbul verhandelt. Laut dem ehemaligen General Harald Kujat intervenierte der damalige britische Präsident Boris Johnson in Kiew, da der Westen nicht für ein Kriegsende bereit sei. Ein knappes Jahr später kündigt die britische Regierung die Lieferung von Uranmunition an die Ukraine an - während der chinesische Präsident Xi Jinping in Moskau ist und über die Friedensinitiative der Volksrepublik verhandelt.

Auch in Berlin sitzen Friedensverhinderer. Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) fordert immer mehr Waffen für die Ukraine. Zehntausende sterben für diesen Wahnsinn. Baerbock ist Frieden mit Russland ein Gräuel – sie will „Russland ruinieren“ und erklärte, dass „wir einen Krieg gegen Russland führen“. Damit bringt sie auch die Menschen in diesem Land in ernste Gefahr. Die DKP hat deshalb Klage gegen Baerbock eingereicht – wegen „Friedensverrat mit Vorsatz“. Mit einer Petition fordert die DKP ihre Entlassung.

Knapp 4.500 Menschen unterstützen diese Petition bereits.

[Kurzlinks.de/
Baerbock-muss-weg](http://Kurzlinks.de/Baerbock-muss-weg)



Friedensbewegung ohne Faschisten

Zu diesem Thema gäbe es nicht viel zu sagen, würde nicht der vor Jahren konstruierte Querfrontvorwurf von bürgerlichen Medien und linksliberalen Moralaposteln als Spaltkeil in die Friedensbewegung getrieben. Zur Klarstellung: Wir demonstrieren nicht mit faschistischen Organisationen, Faschisten gehören nicht in unsere Demonstrationen. Auch wenn wir die AfD nicht als faschistische Organisation einschätzen, ist sie kein Bündnispartner.

Das gilt aber nicht für Wähler der AfD oder für Mitglieder der Partei „Die Basis“. Die Teilnahme an Friedensaktionen wollen wir niemandem verwehren, der nicht mit faschistischen Inhalten auftritt.

Wir wehren uns dagegen, dass wir von bürgerlichen Medien gezielt denunziert werden. Wir wehren uns dagegen, dass wir von linksliberalen Scharfmachern beleidigt werden. Wir diskutieren mit all den Teilen der Friedensbewegung, die die Parolen der Herrschenden aufgreifen und undefinierte und unhinterfragte „Werte“ über die Analyse von Klasseninteressen stellen – auch über die Faschismusdefinition.

Wer Zusammenhänge ignoriert, erkennt die Ursachen von Kriegen nicht. Seit über 30 Jahren bauen Bundesregierungen die deutsche Vormachtstellung in der EU aus. Das geht zulasten der Menschen in den anderen europäischen Ländern, wie etwa seit 2010 in Griechenland. Es geht auch zulasten der Menschen in Deutschland: Armut nimmt zu, Einkommen sinken, Preise steigen – und die Profite auch.

Dagegen brauchen wir eine nicht nur starke, sondern auch breite Friedensbewegung!

Atomkriegsgefahr wächst

Seit über einem Jahr drehen westliche Regierungen und Medien an der Eskalationsspirale. Am 27. Januar 2022 warnte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags bei „Phoenix“ noch vor Panzerlieferungen in die Ukraine: Diese würden „zu Recht“ von der Öffentlichkeit entschieden abgelehnt. Heute geht Marie-Agnes Strack-Zimmermann die Lieferung deutscher Kampfpanzer nicht schnell genug.

Ein gefährliches Spiel mit dem Feuer: Die Russische Föderation hat deutlich gemacht, dass sie nicht bereit ist, sich „ruinieren“ zu lassen. Sie würde sich gegen diese Bedrohung auch mit Atomwaffen zur Wehr setzen. Auf der anderen Seite halten sich die USA die Option auf einen atomaren Erstschlag offen.

Hungern oder Frieren

Nicht nur die Möglichkeit eines Atomkriegs ist brandgefährlich für Deutschland. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland hat die Inflation angeheizt. Vor allem die Preise für Energie und Lebensmittel wurden erhöht – sie stiegen im Vergleich zum Februar 2022 um etwa 20 Prozent. Sechs von zehn Menschen in Deutschland sind nicht mehr in der Lage, Geld für den Notfall zu sparen. Statt die völkerrechtswidrige Sanktionspolitik zu beenden, predigen Politik und Medien Verzicht: kalt duschen, Heizung runterdrehen, bloß keine hohen Lohnforderungen stellen. Da sie selbst wissen, dass davon niemand satt wird, gibt es staatliche Almosen. Diese entpuppen sich – wie jetzt die Energiepreisbremse – als Mittel zur Sicherung der Konzernprofite.

Während die Bevölkerung und kleine Unternehmen unter den Krisenlasten ächzen, feiern Konzerne Rekordgewinne. Die Milliarden, die für Aufrüstung verschwendet werden sollen, fehlen in so wich-

tigen Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Infrastruktur.

Nicht „Putin“ bedroht irgendwelche „europäischen Werte“, sondern die Politik der Bundesregierung bedroht die Zukunft der Menschen und der kleinen Unternehmen in Deutschland. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren.

Wir fordern:

- Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine!
- Stopp der Hochrüstung!
- Verhandlungen jetzt!

Wer für eine Verhandlungslösung eintritt, kann keine Vorbedingung stellen, die der Kapitulation einer Seite gleichkommt. Wer wie die Partei „Die Linke“ den Rückzug der russischen Truppen zur Bedingung macht, wird keinen Frieden erreichen.

Verhandlungen brauchen im Gegenteil Vertrauen. Das Vertrauen Russlands gegenüber westlichen Politikern haben diese in den vergangenen Jahren gezielt zerstört. Soll Deutschland Teil der friedlichen Lösung des Krieges sein, sind vertrauensbildende Maßnahmen erforderlich.

Wir fordern:

- Eine europäische Sicherheitsarchitektur, die die Interessen aller Staaten – auch der Russischen Föderation – berücksichtigt!
- Ein Ende des Wirtschaftskrieges und der völkerrechtswidrigen Sanktionen gegen Russland und Belarus!
- Die Reparatur und Inbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines!

Die Lieferung von günstigem russischen Gas würde nicht nur die Menschen und kleinen Unternehmen massiv entlasten, sondern wäre ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, da Deutschland nicht mehr von teurem und dreckigem Fracking-Gas abhängig wäre.

Deutschland und die USA

Die Sprengung der Nord Stream-Pipelines in der Ostsee hat es vorerst unmöglich gemacht, günstiges russisches Gas nach Deutschland zu importieren. Schon vorher hatte die Bundesregierung entschieden, darauf zu verzichten. Seit Juni 2021 treiben die Gaspreise auch aufgrund politischer Entscheidungen die Inflation zu immer neuen Spitzenwerten. Darunter leiden sowohl die deutsche Bevölkerung als auch die deutsche Wirtschaft. Sie profi-

Produkte mehr dorthin zu liefern – jüngstes Beispiel ist der niederländische Hersteller ASML, der modernste Ausrüstung zur Chip-Herstellung produziert. Ebenso soll verhindert werden, dass chinesische Hightech-Produkte in den westlichen Ländern eingesetzt werden. Der chinesische Netzwerkausrüster Huawei soll jetzt etwa keine Produkte mehr für den 5G-Ausbau in Deutschland liefern dürfen.



tierte über Jahre von der sicheren und günstigen russischen Versorgung mit Energie und Rohstoffen.

Gewinner: USA

Der große Profiteur dieser Entwicklungen sind die USA. Sie verkaufen ihr dreckiges und teures Fracking-Gas nach Deutschland. Die Preissteigerungen senken die Gewinnerwartungen der Konzerne in Deutschland. Die US-Regierung lockt deutsche Konzerne mit Subventionen dazu, in den USA zu investieren. Den Konzernen ist egal, wo sie ihre Profite machen.

Gleichzeitig spitzen die USA die Auseinandersetzung mit China zu. Sie versuchen die Volksrepublik ökonomisch zu „entkoppeln“, indem sie ihre „Partner“ dazu zwingen, keine Hightech-

Einkreisungspolitik

Der Wirtschaftskrieg wird begleitet von der militärischen Einkreisung Chinas. Vor allem aber wird die Kriegsgefahr geschürt durch das Zündeln in der Taiwan-Frage: Völkerrechtlich verbindlich gilt, dass die Insel Teil der Volksrepublik China ist. Die Unterstützung von Separatismus ist damit eindeutig eine Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten.

Für die Menschen in Deutschland bedeutet das nicht nur eine weitere Steigerung der Kriegsgefahr, sondern die Wirtschaftskriege gegen Russland und China gefährden ihre soziale Sicherheit. Betroffen ist auch die deutsche Wirtschaft – bis hin zu einem Teil der Konzerne, der gute Geschäfte in China macht.

Chinesischer Friedensplan

Ende Februar legte das chinesische Außenministerium Vorschläge zur friedlichen Lösung des Ukraine-Krieges vor. Reflexhaft wurde von westlichen Politikern und Medien spekuliert, welche eigenen Machtinteressen die Volksrepublik damit verfolgen könnte. Dass China einfach Interesse an Frieden hat, können sie sich nicht vorstellen. Die Ukraine und Russland waren wichtige Transitländer der Neuen Seidenstraße Richtung Europa. Ebenso wird die chinesische Entwicklung gefährdet durch den US-Wirtschaftskrieg gegen das Land und die Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten Chinas, etwa in der Taiwan-Frage.

Der chinesische 12-Punkte-Plan hat die Überschriften:

1. Die Souveränität aller Länder respektieren.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.
3. Die Feindseligkeiten beenden.
4. Friedensgespräche wieder aufnehmen.
5. Die humanitäre Krise bewältigen.
6. Zivilisten und Kriegsgefangene schützen.
7. Kernkraftwerke sichern.
8. Strategische Risiken verringern.
9. Getreideexporte erleichtern.
10. Einseitige Sanktionen beenden.
11. Industrie- und Lieferketten stabil halten.
12. Den Wiederaufbau nach Konflikten fördern.

Den Wortlaut haben wir im Internet dokumentiert: kurzelinks.de/12Punkte



Unterwerfung?

Die Auftritte des Bundeskanzlers oder der „grünen“ Minister erzeugen den Eindruck, dass die Bundesregierung sich den US-Interessen unterwirft und Deutschland damit schadet.

Die deutsche und die US-Regierung ziehen aber an einem gemeinsamen Strang. Sie vertreten nicht die Interessen der Deutschen oder US-Amerikaner. Sie haben nur die Profite und Vormachtstellungen „ihrer“ Konzerne im Blick. Chinas Wirtschaft stellt diese infrage. Die Unterstützung ärmerer Länder durch die Volksrepublik gefährdet die Hegemonie der USA und ihrer Verbündeten. Im Kampf gegen ihren Abstieg stehen deutsche und US-Konzerne zusammen, auch wenn sie sich im Kampf um Profite spinne feind sind. Deshalb brauchen wir eine Regierung, die im Interesse der arbeitenden Menschen und der kleinen Unternehmen in diesem Land handelt.

Als Voraussetzung für Frieden in Europa muss diese Regierung:

- die Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel beenden
- die US-Stützpunkte in Deutschland schließen
- aus der NATO austreten

Als Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslage der

Mehrheit in Deutschland muss diese Regierung:

- aus der EU austreten
- ein neues System der Sicherheit und Zusammenarbeit aller europäischen Staaten mit aufbauen
- die Rüstungs- und Energiekonzerne sowie die Banken verstaatlichen
- die öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum zurückverwandeln

Wir wissen, dass keine im Bundestag vertretene Partei das umsetzen will. Wir kämpfen deshalb mit allen gemeinsam für eine Regierung des Friedens und der sozialen Sicherheit.

**Löhne rauf –
Preise runter!
Wirtschaftskrieg
und Aufrüstung
stoppen!**

**Raus aus
der NATO**

DKP

unsere-zeit.de

Verlag: Werner Bucher, c/o DKP-Partei Vorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema
Frieden – dort weiter, wo
andere Medien längst
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: DKP-Partei Vorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de**